

Gläsernes Rathaus

- Magazin der linken Gemeinderats- und Kreistagsfraktion

Ausgabe Nr. 9, Mai 2023

www.tuebingen-linke.de



Müllabfuhr muss in öffentlicher Hand bleiben

Die Tübinger Linke wendet sich gegen die drohende Privatisierung der Müllabfuhr. Nach Willen der Stadtverwaltung Tübingen soll die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landkreis zur Müllentsorgung zum 30. Juni dieses Jahres gekündigt werden, aus „wirtschaftlichen Gründen“, wie es in der Vorlage heißt. Die Entscheidung soll schon im Mai fallen. Dazu Bernhard Strasdeit, Kreisrat: „Was die Stadtverwaltung plant, ist Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Als Begründung werden Selbstverständlichkeiten genannt: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden älter und seien zuweilen krank; neue Investitionen in Fuhrpark und Gebäude seien notwendig und, man staune, in einer wachsenden Stadt bräuchte man zukünftig mehr Mülltonnen als bisher! Insbesondere das Alter der Beschäftigten ist eine absurde Nennung in Anbetracht der

gesetzlichen Regelung zum Rentenalter.“

Margrit Paal, Fraktionsvorsitzende der Linken im Kreistag, kritisiert: „Die Erfahrung in vielen Städten lautet: mit Privaten wird die Abfallentsorgung meistens teurer; und wenn der Gewinn nicht mehr stimmt, wird der Geschäftszweig durch die Unternehmen auch schnell mal kurzfristig eingestellt. Mangels Verlässlichkeit und Kostensteigerungen gab es auch immer wieder Rekommunalisierungen. Schon einmal, im Jahr 2010, wurde die Privatisierung der Müllabfuhr in Tübingen verhindert. Wir wenden uns auch jetzt dagegen, dass die zukünftigen Beschäftigten der Müllabfuhr ihre harte Arbeit unter schlechteren Arbeitsbedingungen verrichten müssen. Die Pläne der Stadtverwaltung sind ein Angriff auf den Flächentarifvertrag der Kommunen.“



Margrit Paal, Fraktionsvorsitzende im Kreistag und Mitglied des Kreisvorstands

Impressum

Gemeinderats- und Kreistagsfraktion der Tübinger Linken. Adresse: Linke-Fraktion Am Markt 1, 72070 Tübingen Email: info@die-linke-tuebingen.de V.i.S.d.P: Gerlinde Strasdeit www.tuebingen-linke.de

Soziale Erfolge im Haushalt



Mittwochspalte von Frederico Elwing,
Linke-Stadtrat und TüL-Vorstand

Die Verkehrswende zur Erreichung unserer Klimaziele sozial gerecht voranzutreiben war für uns als Linke das zentrale Thema bei den Haushaltsverhandlungen. Deshalb wollten wir, dass das Deutschlandticket auf 9 Euro rabattiert wird. Studien belegen, dass das Deutschlandticket 29 Euro oder weniger

kosten sollte, um möglichst viele Menschen zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn zu bewegen. Leider fand sich keine Mehrheit dafür im Gemeinderat, da AL/Grüne, CDU, Tübinger Liste und FDP es verhindert haben. Als Kompromiss wurden 34 Euro beschlossen.

Unser größter sozialer Erfolg ist, dass, wer die Kreisbonuscard hat, in Zukunft für 15 Euro das Deutschlandticket bekommt. Mobilität bedeutet soziale Teilhabe, gerade für Menschen mit wenig Geld. Städtische Beschäftigte können mit Jobticket für 14 Euro deutschlandweit fahren. Leider keinen Fortschritt gab es, was die Schüler:innen angeht. Dabei sollte die Fahrt zur Schule kostenfrei sein. Auf unseren Vorschlag hin bekommen unbeleuchtete Radwege

weiße Randstreifen, und 100.000 Euro für eine unnötige „Schilderbrücke“ am Schloßbergtunnel werden eingespart. Für Jugendliche konnten wir erreichen: im Jugendhaus Bricks eine halbe Stelle mehr und im Jugendhaus Lustnau eine Viertelstelle mehr, die Mobile Jugendarbeit wird stärker gefördert und und die Schulsozialarbeit in den Teilorten aufgestockt. Der LernOrt Berghof bekommt einen höheren Zuschuss. Im Bereich der Kultur wurde eine dauerhafte Erhöhung des Regelzuschusses für das Theater beschlossen. Im Bereich Migration war uns wichtig, einen Zuschuss für das Projekt „Plan B“ des Vereins „move on“ zu sichern, der wichtige Beratungsarbeit leistet, die die Stadt nicht leisten kann.

„Kommunale Wohnungspolitik muss bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten.“

Was die Steuern angeht, sehen wir nach wie vor eine Schiefelage: nirgends in Baden-Württemberg ist die Grundsteuer B so hoch wie in Tübingen, die Mieter:innen über die Nebenkosten zahlen müssen, während die Gewerbesteuer, eine Gewinnsteuer, niedriger ist als in Reutlingen, Kusterdingen, Freiburg oder Heidelberg. Kommunale Wohnungspolitik muss bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten. Durch neue Landesmittel wird Wohnungsbau durch die Kommune gefördert. Dafür und für die GWG haben wir drei Millionen Euro beantragt und dies auch erreicht. Wie Sie sehen, konnten wir einige für uns Linke zentrale soziale Erfolge durchsetzen und haben deshalb dem Haushalt zugestimmt.

„Handlungsfähigkeit der Stadt in der Wohnungspolitik sicher stellen!“



Wilhelm Bayer, Linke-
Stadtrat im Gemeinderat

Aufgabe der Wohnungspolitik der nächsten Jahre ist der Erhalt und die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums. Eine zentrale Voraussetzung ist es, die Handlungsfähigkeit der Stadt in diesem Bereich sicher zu stellen, dafür haben wir drei Millionen Euro beantragt. In den Fraktions-

gesprächen konnte eine gute Lösung gefunden werden: Je eine Million Euro werden für eine Kapitalerhöhung der GWG, den kommunalen Wohnungsbau und Hilfen für Baugruppen, die durch die Entwicklung der Bau- und Kreditkosten in Schwierigkeiten geraten sind, zur Verfügung gestellt. Vorgesehen ist auch die Bereitstellung von weiteren Mitteln für den kommunalen Wohnungsbau in der mittelfristigen Finanzplanung. Damit sind wir auf einem guten Weg, wir freuen uns, dass es hierfür eine breite Zustimmung im Gemeinderat gibt.

Wir brauchen Gute Arbeit und Klasse Kitas

Wir solidarisieren uns heute mit den gewerkschaftlichen Tarifforderungen. Die hohe Inflation trifft besonders Niedrigverdienende und Alleinerziehende. Die Gewinne der großen Konzerne sind im letzten Jahr durch die Decke gegangen. Doch für die Beschäftigten in den Kitas, Krankenhäusern, der Sozialarbeit und auf den Ämtern ist angeblich kein Geld da. In sozialen Bereichen arbeiten mehrheitlich Frauen und viele queere Menschen. Der 8. März ist aber nicht nur der internationale Tag für den Kampf um gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen in den sogenannten »Frauenberufen«. Es ist unser Tag, um sichtbar zu machen: Wir wollen mehr als das! Wir wollen Jobs, die zum Leben passen. Damit genug Zeit bleibt für Familie, Engagement, Hobbys und Freundschaften. Wir wollen Krankenhäuser, Pflegeheime, Kitas und Schulen, auf die sich alle verlassen können – unabhängig vom Geldbeutel. Frauen bekommen in Deutschland immer noch rund 18 Prozent weniger Lohn als Männer und arbeiten häufiger in Teilzeit oder Minijobs. Die Betreuungszeiten in Kitas werden derzeit

gekürzt. Sie passen nicht zu den Arbeitszeiten. Die Kürzungen sind auf Dauer nicht akzeptabel. Eltern und Erzieher:innen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Seit Jahren schon besteht ein struktureller Mangel an Ausbildungsangeboten für Fachpersonal in Schulen, Kitas, Krankenhäusern und Pflegeheimen. Die kommunalen Kassen sind leer; für die Reichen gibt es Sondergewinne und Steuergeschenke. Die Beschäftigten müssen das durch Stress und Mehrarbeit ausgleichen. Wir



Gerlinde Strasdeit (Linke-
Stadträtin) am Internationalen
Frauentag

unterstützen deshalb sowohl Erzieherinnen, die für bessere Arbeitsbedingungen eintreten, als auch Eltern, die sich gegen die Kürzung der Kitaöffnungszeiten wehren.

Kinder und Beruf müssen vereinbar sein. Wir wollen bei der vorschulischen Bildung kein Zurück ins letzte Jahrhundert.

Streit um Clara Zetkin

Eine Expertenkommission erhielt vom Stadtrat den Auftrag, sechs Straßennamen daraufhin zu überprüfen, ob sie den heutigen Wertevorstellungen noch genügen, oder ob die Straßen umbenannt werden müssten. Die Kommission hat ihren Auftrag selbstherrlich erweitert und wollte alle Straßennamen Tübingens überprüfen. Um dann nach eigenen Angaben festzustellen, dass sie dafür nicht genügend Zeit hatte. Damit nicht genug: Sie empfahl - ebenfalls ohne Auftrag -, den Charakter der Knoten zu verändern: Wurden sie bisher für ethisch fragwürdige Persönlichkeiten zwei Jahre an den Pfosten der Straßenschilder befestigt, sollen sie nun dauerhaft angebracht werden.

Zu den Straßennamen, die einen Knoten erhalten sollen, kam auch der Clara Zetkins. Der Vorwurf: Demokratiefeindlichkeit und Mitwirkung an Justizverbrechen. Die Demokratiefeindlichkeit wird damit begründet, dass sie die Diktatur des Proletariats wollte. Hätten die Herren und Damen Historiker das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx gelesen, was man aus rein beruflichem Interesse verlangen könnte, hätten Sie festgestellt, dass Marx damit die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit beschrieb.

Die „Mitwirkung an Justizverbrechen“, die die „stalinistische Verfolgungspolitik“ vorweggenommen haben soll,



„Ich werde kommen - tot oder lebendig“

Botschaft von Clara Zetkin im Jahr 1932 an die KPD-Zentrale, dass sie trotz Krankheit als Alterspräsidentin den Reichstag eröffnen und eine antifaschistische Rede halten wird.

TÜL/DIE LINKE.

Linke-Fraktion
im Tübinger Gemeinderat

wurde mit der Teilnahme an dem Moskauer Schauprozess gegen die Sozialrevolutionäre 1922 begründet. Angeblich hätte Clara Zetkin dort die Todesstrafe für die Angeklagten gefordert. Sozialrevolutionäre hatten in der jungen Sowjetunion Aufstände angezettelt, den deutschen Botschafter ermordet und ein Attentat auf Lenin verübt. Dass sie die Todesstrafe forderte, ist klar widerlegt durch den Berliner Clara-Zetkin-Experten Dr. Jörn Schüttrumpf. Er legte bei einer Diskussionsveranstaltung der Stadtratsfraktion der Tübinger Linken und der Rosa-Luxemburg-Stiftung einen Brief Clara Zetkins an Lenin vor. In dem Brief, den Lenin vor der Urteilsverkündung erhielt, fordert sie, dass keine Todesurteile gefällt werden sollen.

„Wegbereiterin der Demokratie im Südwesten“

Ganz andere Ansichten als die Kommission hat die Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg. Sie bezeichnet Zetkin als Wegbereiterin der Demokratie im Südwesten. Zetkin war eine Vorkämpferin für Frauenrechte, die schon 1893 forderte: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ohne Unterschied des Geschlechts“. Letztlich setzte sie den 8. März als internati-

onalen Frauentag weltweit durch. Die Linke-Fraktion im Tübinger Gemeinderat wird einem dauerhaften Knoten für Clara Zetkin nicht zustimmen.

„Mit seinen grenzüberschreitenden Äußerungen ist Oberbürgermeister Palmer selbst zum Verlierer geworden“



Stadträtin Gitta Rosenkranz im Gemeinderat

Wir alle sind erschüttert und entsetzt über den gewaltsamen Tod von Basiru Jallow. Gestern haben Freund*innen und Angehörige eine sehr bewegende Trauer- und Gedenkfeier für ihn im alten Botanischen Gartens abgehalten. Erstmal Danke dafür an alle Teilnehmen-

den, auch dass Basiru und seine An- und Zugehörigen im Mittelpunkt standen und nicht die Reaktion des Oberbürgermeisters. Die meisten Menschen haben in ihrem Leben die Er-

fahrung von Verlust und Trauer machen müssen und wissen deshalb, wie wichtig eine gute Trauerarbeit ist und die damit zusammenhängende Verabschiedung in Würde von dem Menschen, den man verloren hat. Bei einem Gewaltverbrechen, das wie bei Basiru Jallow zum Tode geführt hat, ist es für die Verarbeitung und Verabschiedung der Hinterbliebenen umso wichtiger, dass dies mit Würde und dem passenden zeitlichen Rahmen stattfinden kann. Deshalb ist die Reaktion des Oberbürgermeisters umso unverständlicher, rassistisch anmutende Äußerungen und abfällige Zuschreibungen zu posten und damit rassistischen Strömungen und rechtspopulistischen Gruppierungen eine Legitimation für ihre Haltungen zu geben. Auch wenn er dies nach eigenen Angaben nicht beabsichtigt und ich dies an dieser Stelle nicht beurteilen kann und will. In unseren Augen hat ein Oberbürgermeister die Aufgabe in solch einer Situation, der Stadtgesellschaft die Möglichkeit zu geben, adäquat mit dem Ereignis umzu-

gehen, Ängste zu nehmen und Lösungswege in dieser Krise aufzuzeigen und eine ausgleichende Haltung einzunehmen. Eine Verunglimpfung des Opfers, die schnell zu einer Opfer-Täter Umkehrung führt, Maßnahmen und diskriminierende Äußerungen haben hier nichts verloren und sind kontraproduktiv. Ängste zu schüren und zu instrumentalisieren sind einem Oberbürgermeister und seiner Rolle nicht würdig. Dies führt unter anderem dazu, dass selbst eine Kollegin im Gemeinderat nicht nur die Äußerungen des OB als rassistisch bezeichnet, sondern auch sagt, dass Tübingen eine rassistische Stadt sei. Dies ist sie beileibe nicht, was die Reaktionen einzelner Akteur*innen und Gruppen beweist. Diese Macht hat er nicht. Der Oberbürgermeister ist nicht die Stadt Tübingen, er ist nicht

die Verwaltung und er ist nicht der Gemeinderat. Hier wurde durch ihn eine Grenze überschritten, die weit über unsere Toleranz hinausgeht. Dies ist nicht mehr unter der Rubrik von kontroversen Diskussionen und Diskurs zu sehen, die unsere Stadt ja auch auszeichnet. Schon öfters gab es sehr schwierige bis grenzüberschreitende Äußerungen von Herrn Palmer. In meinen/unseren Augen hat er aus Kritik daran nicht (viel) gelernt. Es bleibt zu hoffen, dass solche Reaktionen von ihm der Vergangenheit angehören. Leider hat er es an dem nötigen Respekt vor dem Getöteten und seiner Community fehlen lassen. Die Folge davon ist, dass er in unseren Augen damit selbst zum Verlierer geworden ist. Denn es ist sehr schwierig ist, vor solch einem Stadtoberhaupt noch Respekt zu haben.



Kundgebung: Tag der Befreiung vom Faschismus
Mo., 8. 5. 2023, 17 Uhr, Tübingen Holzmarkt
 (lt. Ankündigung der VVN/BdA Tübingen)

Frühjahrsempfang der Tübinger Linken
Mit Tobias Bank, Bundesgeschäftsführer der LINKEN
Mittwoch, 17. Mai 2023, 19 Uhr, Einlass 18:30 Uhr
Tübingen, Gemeindehaus Lamm, Am Markt 7



Soziale Stadt für alle!
Weiter so
Lust auf Kommunalpolitik?
DIE LINKE.

„Alles verändert sich, wenn du es veränderst.“
 Rio Reiser (Ton, Steine, Scherben)

Sozialticket Mitbestimmung ÖPNV
Lust auf Schulsanierung Mieten runter
Kommunalpolitik? Klimagerechtigkeit
Es beginnt hier: Gesundheitsversorgung
Kultur Kinder & Kitas
 Ich bin dabei, ich will...
 Infos zugeschickt bekommen.
 zu einem ersten Treffen kommen.
 mich kommunalpolitisch einbringen und engagieren.

Vor- und Zuname: _____
 Straße und Hausnummer: _____
 Postleitzahl und Ort: _____
 Telefon: _____
 E-Mail: _____

Ich hab Lust auf Linke Kommunalpolitik, weil: _____

Bei uns vor Ort abgeholt oder schicken an:
 DIE LINKE, Falkenstr. 58, 70174 Stuttgart

DIE LINKE.

Das ist uns wichtig. Dir auch?

- **Investitionen für lebenswerte Kommunen:** Wir wollen die Finanzen von Städten und Gemeinden mit einer gerechten Steuerpolitik stärken, die hohe Einkommen und Millionen-Ebenen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzieht.
- **Bezahlbares Wohnen für alle - natürlich barrierefrei:** Wir wollen eine soziale und ökologische Bodenvorratspolitik, die Grundstücke in kommunaler Hand behält und Flächenfraß verhindert und den Bau von Sozialwohnungen mit kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften.
- **Energiewende ökologisch und sozial gestalten:** Wir wollen Staatwerke in öffentlicher Hand behalten oder neu gründen. Wir wollen das Pariser Klimaabkommen in Kommunen konkret umsetzen.
- **Kommunen für Jung und Alt:** Wir wollen Armut bekämpfen mit gebührendem Kitas, günstigen Eintrittspreisen für Schwimmbäder und gut bezahlten Löhnen*innen. Wir wollen mehr Personal in Pflege und Gesundheit und eine wohnortnahe Versorgung sichern.
- **Solidarität statt Hetze:** Wir wollen Teilhabe und Chancengerechtigkeit für Geflüchtete und Migrant*innen ermöglichen. Wir stellen uns Rassist*innen entschieden in den Weg.
- **Klimagerechte Mobilitätswende:** Wir wollen Bus, Bahn, Fuß- und Radverkehr ausbauen. Wir wollen Nahverkehr für maximal 1 Euro am Tag und Nulltarif für Schüler*innen, Azubis, Studierenden und Menschen ohne Einkommen.
- **Kultur für alle:** Wir wollen lokale Kulturlandangebote wie kommunale Kinos, Theater, Jugend- und Gemeinschaftshäuser stärken. Wir wollen die Förderung lokaler Künstler*innen und Kulturprojekte.

Mitmachen und Weitersagen!

Im Bundestag hat DIE LINKE mit ihrer Politik und als Opposition schon viel erreicht. Wir stehen hier für soziale Gerechtigkeit, Investitionen in Soziales, gute Arbeit, Bildung und Klimaschutz. Viele Menschen - jung und alt - sind in der LINKEN aktiv und bringen sich ein, für eine friedliche und gerechte Gesellschaft, vor Ort, in Europa und weltweit.

Gerade in Orten, in denen wir bereits Kommunalpolitik machen, wissen die Menschen, dass es sich lohnt DIE LINKE zu wählen. Vor Ort haben wir günstige Bus- und Bahntickets erkämpft, wir engagieren uns gegen steigende Mieten und wir verhindern mit unseren Stimmen die Kürzungspolitik der anderen Parteien in wichtigen sozialen Bereichen.

Unsere Ideen wollen wir bei den nächsten Kommunalwahlen in weiteren Städten und Gemeinden einbringen. Auch in Deiner Stadt, oder in Deinem Landkreis - und dazu brauchen wir Dich, Deine Freunde und Bekannte, die Lust auf LINKE Kommunalpolitik haben. Soziale Gerechtigkeit und konsequenter Klimaschutz beginnen vor Ort!

Wir sind im Land gut vernetzt und unterstützen die Arbeit unserer engagierten Mitglieder und Aktiven. Wir bieten Kurse und Bildungsangebote an, um das Handwerkszeug zu vermitteln und um gemeinsam Ideen zu entwickeln.

Mach mit! Eine solidarische und lebenswerte Gesellschaft entsteht dann, wenn wir uns gemeinsam einbringen und gerade in der heutigen Zeit rechten Hetzer*innen nicht das Feld überlassen.